

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

## AKTUELL

### Bundesrat: Nachtragskredite von über 450 Mio

Das Parlament soll weitere Ausgaben von über 450 Millionen Franken für das laufende Jahr gutheissen. Dies beantragt der Bundesrat im zweiten Nachtrag zum Budget 1995, wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) gestern mitteilte. Über 100 Millionen sind für die Käse- und Butterverwertung vorgesehen. Das im Dezember vom Parlament verabschiedete Budget 1995 sieht einen Fehlbetrag von 6,1 Milliarden Franken vor. In einem ersten Nachtrag hatte der Bundesrat über 200 Millionen Franken zusätzlich beantragt. Mit dem zweiten Nachtrag erhöhen sich die veranschlagten Gesamtausgaben um 657 Millionen beziehungsweise 1,5 Prozent, wie das EFD mitteilte. Damit lägen die angelegten Nachtragskredite insgesamt wie bereits im Vorjahr deutlich tiefer als zu Beginn der 90er Jahre.

### Referendumsfrist für Staatssekretäre

Für die vom Parlament in der Herbstsession verabschiedete Regierungsreform sowie weitere 15 Gesetze ist mit ihrer Publikation im Bundesblatt die Referendumsfrist angefallen. Die Gegner der Staatssekretäre haben bis am 15. Januar Zeit, 50000 Unterschriften zu sammeln und die Vorlage vors Volk zu bringen. Das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) ist die einzige der 16 Referendumsvorlagen, gegen die bereits das Referendum angekündigt worden ist. Bekämpft wird sie von einem rechtsbürgerlichen «Komitee gegen eine aufgeblähte Bundesverwaltung mit überflüssigen Staatssekretären». Es wird vom einflussreichen Schweizerischen Gewerbeverband unterstützt.

### Briefwahl wird rege benutzt

Wenn ab Donnerstag in den Gemeinden die Urnen für die Nationalratswahlen aufgehen, haben viele Stimmberechtigte bereits gewählt. Die briefliche Stimmabgabe ist weiter im Vormarsch, wie eine AP-Umfrage gestern ergab. In grossen Deutschschweizer Städten werden Quoten von über 50 Prozent erwartet. In der Stadt Zürich mit 200000 Stimmberechtigten haben bisher gut 20000 Leute von der brieflichen Stimmabgabe Gebrauch gemacht. Die Stimmbeteiligung vorbehalten, wird diese Zahl eine Woche vor den Wahlen von der Einwohnerkontrolle als eher bescheiden gewertet.

Die übliche Quote – der Anteil der brieflich eingereichten Wahlzettel an den insgesamt an der Wahl Teilnehmenden – der Stadt von gut 50 Prozent dürfte damit nur knapp erreicht werden. In der Stadt Bern mit 90000 Stimmberechtigten gingen bis zum Montag rund 11000 Sendungen ein. Mit einer Quote von über 70 Prozent bis zum Schluss wird gerechnet. Für die ländlichen Berner Gebiete beobachtete die Staatskanzlei in letzter Zeit Quoten von 30 bis 40 Prozent.

70 Prozent Briefwahl erwartet die Stadt Luzern mit gut 41000 Stimmberechtigten. Rund 7000 haben bis Montag ihren Wahlzettel eingeschickt. In der Stadt Basel mit knapp 130000 Stimmberechtigten wurden bereits 22500 Sendungen gezählt. Eine Briefwahlquote von über 80 Prozent zeichnet sich ab. Chur mit 21000 Stimmberechtigten, in der im März dieses Jahres erstmals auf dem Korrespondenzweg abgestimmt werden konnte, zählte bis Montag gut 900 briefliche Stimmabgaben.

## Aufwendungen der Invalidenversicherung stark angestiegen

Regierung will Defizitbeitrag des Landes an die IV eindämmen – Erhöhung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge auf Anfang 1996 beantragt

(mö) – Im Zuge der Sparmassnahmen möchte der Staat auch seinen Defizitbeitrag an die Invalidenversicherung eindämmen. Die Regierung hat dem Landtag daher jetzt eine Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung vorgeschlagen, wonach die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge für die IV von 1,0 auf 1,2 % angehoben werden sollen. Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende hätten demnach im Jahr 1996 um knapp 2,7 Mio. Franken erhöhte Beitragsleistungen zu erbringen. Der Verwaltungsrat der IV-Anstalt hat sich im Rahmen der Vernehmlassung gegen dieses geplante Vorgehen ausgesprochen.

Der Ausgabenrahmen für die von der Invalidenversicherung erbrachten Leistungen hat sich nach Darstellung der Regierung in den letzten Jahren stark erhöht. Die Aufwendungen der Versicherung stiegen von 12,2 Mio. im Jahre 1989 auf 21,7 Mio. Franken im Jahre 1994 an, was einer Zuwachsrate von 78 % entspricht. Allein der Aufwand für die ordentlichen Invalidenrenten hat sich in dieser Zeitspanne mehr als verdoppelt. Die Regierung führt diese Kostensteigerung einerseits auf die Erhöhung der Mindest- und Höchstrenten zurück, andererseits sei auch die Anzahl von Bezüglern ordentlicher Renten zwischen 1989 und 1994 um rund 55 % angestiegen: von 1033 auf 1604.

Die Beitragseingänge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vermochten mit

dieser Ausgabenentwicklung nicht Schritt zu halten. Gemäss Bericht der Regierung an den Landtag steht der Ausgabenerhöhung um 78 % im Zeitraum 1989/94 ein Einnahmewachstum von 27 % gegenüber. Als Folge dieser unterschiedlichen Wachstumsraten erhöhte sich der Aufwandüberschuss von 4,3 Mio. auf 11,7 Mio. Franken im vergangenen Jahr. Der Staat übernimmt seit anfangs 1993 das Defizit der Invalidenversicherung, begrenzt aber auf 50 % der Gesamtausgaben. Diese Begrenzung führte 1993 dazu, dass rund 0,3 Mio. Franken des Defizits der IV ungedeckt blieben. Im Jahr 1994 wuchs dieser ungedeckte Aufwandüberschuss auf 0,8 Mio. Franken an. Das Eigenkapital der IV-Anstalt reduzierte sich durch die erlittenen Defizite auf 3 Mio. Franken, was unter Berücksichtigung eines jährlichen Ausgabenrahmens von rund 22 Mio. Franken bereits «ernstliche Probleme für die Liquidität» bereite, wie die Regierung festhält.

### Aufwanderhöhung auf 25,6 Mio.

Aufgrund von Zwischenergebnissen und Berechnungen werden sich die Ausgaben der IV-Anstalt im Jahr 1995 auf rund 25,6 Mio. Franken ausweiten, während die Einnahmen dank der auf 1. Januar 1995 in Kraft getretenen Erhöhung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge auf 1,0 % auf 13 Mio. Franken ansteigen. Es zeichnet sich daher ein Defizit von 12,6 Mio. Franken ab, das 49,2 %

der Gesamtausgaben ausmacht und daher vom Staat abzudecken ist. Der Mehraufwand von 2,5 Mio. Franken gegenüber dem Landesvoranschlag wird laut Regierung die Einholung eines Nachtragskredites erforderlich machen.

Die Schätzungen für das Jahr 1996 weisen bei Ausgaben von 27,6 Mio. und Einnahmen von 13,3 Mio. einen Aufwandüberschuss von 14,3 Mio. Franken aus. Bei unveränderter Rechtslage würde sich somit ein Staatsbeitrag von 13,8 Mio. Franken (50 % der Gesamtausgaben) ergeben. Der Versicherung verbliebe trotzdem ein ungedecktes Defizit von 0,5 Mio. Franken, so dass «die Zahlungsbereitschaft für die Renten und übrigen Leistungen nicht mehr als gesichert angesehen werden kann», wie die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag feststellt.

### Entlastung des Staatshaushalts

Die von der Regierung nun beantragte Gesetzesänderung würde den Staat für 1996 um 2,160 Mio. Franken entlasten. Auf der anderen Seite hätten die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Selbständigerwerbenden aufgrund der vorgeschlagenen Anhebung der Beitragssätze um 2,660 Mio. Franken erhöhte Leistungen zu erbringen. Für die IV würde ein Restdefizit entfallen.

Für den Verwaltungsrat der IV-Anstalt ist die geplante Beitragserhöhung eine Massnahme, die einseitig zulasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt und nur das Ziel anstrebt, den Staats-

haushalt zu entlasten. Aus Sicht der IV ist eine Regelung zu befürworten, die – wie bei der Einführung des IV-Gesetzes – eine 50prozentige Beteiligung des Landes an den Ausgaben der IV vorsieht. Ansonsten werde in absehbarer Zeit die nächste Beitragserhöhung anstehen.

### Gesetzesgrundlagen überprüfen

Zum Vernehmlassungsergebnis hält die Regierung fest, dass mittelfristig die gesetzlichen Grundlagen und Ausführungsbestimmungen zweifellos einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen seien, um die Leistungen der IV-Anstalt im Einzelfall den individuellen Bedürfnissen des Bezüglers anpassen zu können. Eine solche Analyse und die Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen benötigten aber Zeit. Kurzfristig könnten damit, so die Regierung, keine Entlastungen für die IV erreicht werden.

Die Wiedereinführung der 50prozentigen Ausgabenfinanzierung durch den Staat, wie sie von der IV beantragt wird, werde von der Regierung nicht grundsätzlich abgelehnt, heisst es im Bericht. «Sie wird zu dem Zeitpunkt zu erörtern sein», schreibt die Regierung, «wenn die Einnahmen des Staates die gehegten Erwartungen erfüllen und in anderen Aufgabebereichen adäquate Entlastungen erreicht werden können, die eine angemessene Selbstfinanzierung der künftigen Investitionsprojekte als gesichert erscheinen lassen».

## Gestern kam es erneut zu Briefbombenanschlägen in Österreich

Arzt und Flüchtlingshelferin die Opfer – Dritte Bombe an weiteren Arzt konnte dank Warnhinweisen noch rechtzeitig entschärft werden

Wien/München (AP) Der ausländerefeindliche Sprengstoffterror ist gestern in Österreich weitergegangen. Am Vormittag wurden bei der Explosion von zwei Briefbomben in zwei Orten nordöstlich Wiens ein aus Syrien stammender Gemeindefunktionär und eine prominente Menschenrechtlerin zum Teil erheblich verletzt. Eine dritte Bombe, die an einen koreanischen Arzt gerichtet war, explodierte nicht. Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden warnte vor Anschlägen auch in Deutschland.

Bei den Opfern handelt es sich nach Polizeiangaben um den 47-jährigen Arzt Mahmud Abu-Ruhie, der mit seiner österreichischen Frau eine Praxis in Stronsdorf im Bezirk Mistelbach betreibt. Er wurde an der linken Hand schwer verletzt. Die Bombe war in der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten aufgegeben worden.

An beiden Händen verletzt wurde die 71-jährige Leiterin des Flüchtlingshilfebüros im nahen Poysdorf, Maria Loley, die einen in der mährischen Hauptstadt Brünn aufgegebenen Brief auf dem Postamt öffnete. Vergangene Woche hatte Loley ein Drohschreiben erhalten, das ebenfalls in Brünn aufgegeben worden



Die Flüchtlingshelferin Maria Loley (links) und der aus Syrien stammende Arzt Mahmud Abu-Ruhie wurden gestern Opfer gemeiner Briefbombenanschläge.



war. Es war in niederösterreichischem Dialekt und in falschem Tschechisch abgefasst. Unter anderem hiess es: «Absender: Kämpfer gegen Flüchtlinge! Tod den

Bosniern!» Die Menschenrechtlerin wurde für ihr Engagement bereits mehrfach ausgezeichnet, darunter auch von den Vereinten Nationen. In Mistelbach

selbst, 60 Kilometer nordöstlich von Wien, fand sich bei einem koreanischen Arzt eine dritte Briefbombe, die aber nicht explodierte. Dem Sprengstoffterror in Österreich fielen seit 1993 vier Menschen zum Opfer, elf weitere wurden durch Rohr- und Briefbomben verletzt.

### Feige Anschläge

Bundeskanzler Franz Vranitzky sprach von feigen Anschlägen auf unschuldige und engagierte Menschen. Gerade in Zeiten des Wahlkampfes nach dem Zusammenbruch der grossen Koalition sei eine ruhige und besonnene Antwort der Demokraten erforderlich. Ohne Namen zu nennen fügte er hinzu: «Wir stehen zusammen gegen jene, die die Tat ausgeführt haben gegen jene, deren Geschäft sie damit besorgen.» Oppositionsführer Jörg Haider von der Freiheitlichen Partei erklärte der Wiener Nachrichtenagentur APA: «Es ist langsam auffallend: Wenn die politischen Mächtigen in Österreich in Turbulenzen sind, dann gibt es Bomben.»

Als Urheber stellte sich in bisherigen Bekennerschreiben eine »Bajuwarische Befreiungsarmee« dar, die auch den Brief an die Fernsehmoderatorin Arabella Kiesbauer unterzeichnet hatte.

## Preise im Grosshandel ziehen wieder an

Im September erneut negative Jahreststeuerung gemessen

Die Preise im schweizerisch-lichtensteinischen Grosshandel sind im September erstmals seit vergangem März wieder gestiegen. Dennoch bleibt das Niveau der Produzenten- und Importpreise im Vergleich zum Vorjahr tiefer, wie das BFS am Montag mitteilte.

Der vom Bundesamt für Statistik (BFS) berechnete Gesamtindex der Produzenten- und Importpreise verzeichnete im September einen Anstieg um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vormonat und erreichte einen Stand von 99,6 Punkten (Basis Mai 1993 = 100). Letztmals zeigte der Index im März dieses Jahres nach oben. Seither war er

ständig gesunken oder konstant geblieben. Im Jahresvergleich sank der Gesamtindex der Produzenten- und Importpreise um 0,3 Prozent.

Damit wurde im September zum dritten aufeinanderfolgenden Mal eine negative Jahreststeuerung gemessen. Der Gesamtindex zeigt die Preisentwicklung des Gesamtangebots von Inland- und Importprodukten aus der Land- und Forstwirtschaft, der verarbeitenden Produktion sowie der Energiewirtschaft auf. Der Produzentenpreisindex stieg gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozent auf 99,4 Punkte. Im Jahresvergleich gingen die Produzentenpreise um 0,2 Prozent zurück.

## Gnadenfrist für Zollfreigebiet Samnaun

Die Aufhebung des Zollfreistatus soll erst in etwa 10 Jahren erfolgen

Der Zollfreistatus von Samnaun soll erst in etwa zehn Jahren aufgehoben werden. Die ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt ihrem Rat, der Talschaft im Mineralölsteuergesetz eine entsprechende Gnadenfrist einzuräumen.

Aus Gründen der Steuergerechtigkeit müsse das Zollausschluss-Privileg von Samnaun grundsätzlich aufgehoben werden, schreibt die WAK. Angesichts der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Zollfreistatus sei der Bündner Talschaft indes eine zehnjährige Übergangsfrist einzuräumen, was ihr die Amortisation der Investitionen für den Einkaufstourismus ermöglichen würde. Im Freihandels-

abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus dem Jahre 1972 hatte sich die Schweiz verpflichtet, die Fiskalzölle auf Mineralölen und Treibstoffen zu beseitigen und in interne Abgaben zu verwandeln. Die Mineralölsteuer brachte dem Bund bisher jährlich rund 4,5 Milliarden Franken ein. Auf diese Einnahmen könne der Bund nicht verzichten, schreibt die WAK. Sie empfiehlt dem Rat deshalb, die bisherigen Fiskalzölle in Verbrauchssteuern umzuwandeln, wie es der Bundesrat im Mineralölsteuergesetz beantragt. Die vom Bundesrat vorgesehene periodische Anpassung an die Teuerung lehnt die Mehrheit der Kommission dagegen ab.